

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Alex Dorow

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Martin Böhm

Abg. Martin Scharf

Staatsminister Dr. Fabian Mehring

Abg. Oskar Atzinger

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Markus

Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Desinformation effektiv bekämpfen - Faktenprüfung auf Social Media

Plattformen in Europa gesetzlich absichern (Drs. 19/7293)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben im Moment einen tiefgreifenden Wandel unserer öffentlichen Debattenkultur. Diskussionen verlagern sich zunehmend in den digitalen Raum auf Plattformen, die für Millionen von Menschen zur wichtigsten Informationsquelle geworden sind. Genau dort wächst eine Gefahr, die wir nicht länger ignorieren dürfen, nämlich gezielte Desinformation.

Desinformation ist kein harmloses Ärgernis. Sie ist kein Versehen, und sie ist auch keine Meinungsäußerung, die uns einfach nicht gefällt. Sie ist ein gezielter Angriff auf die Wahrheit und damit auf die Grundlagen unserer Demokratie. Wer Fakten systematisch verzerrt, wer Lügen viral verbreitet, wer Misstrauen sät, der greift nicht einzelne politische Positionen an, sondern das demokratische Gemeinwesen insgesamt.

Die Methoden dieser Angriffe werden immer raffinierter: KI-generierte Deepfakes, automatisierte Trollnetzwerke, koordinierte Kampagnen aus dem In- und Ausland – all das ist längst Realität. Während diese Bedrohung wächst, ziehen sich große Plattformen zunehmend aus ihrer Verantwortung zurück. Plattformen wie Meta oder X stellen die Zusammenarbeit mit unabhängigen Faktenprüfungsorganisationen infrage oder beenden sie ganz – ein brandgefährlicher Trend.

Faktenprüfung ist kein Nice-to-have. Sie ist ein zentraler Baustein demokratischer Resilienz. Eine funktionierende Demokratie braucht eine gemeinsame Faktenbasis. Ohne sie wird aus Debatte Polarisierung, aus Kritik Zynismus und aus Meinungsfreiheit ein Spielball der Lautesten und Skrupellosesten. Deshalb sagen wir als SPD-Fraktion ganz klar: Es darf nicht vom guten Willen einzelner Plattformbetreiber abhängen, ob Fakten geprüft werden oder nicht. Demokratie ist keine freiwillige Übung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Gerade Bayern als starker digitaler und IT-Standort in Europa sollte hier eine klare Haltung einnehmen. Ja, es gibt Initiativen wie die Bayern-Allianz gegen Desinformation, und ich habe auch keinen Zweifel an der klaren Haltung des Digitalministers; aber diese Bayern-Allianz gegen Desinformation wird gerne als großer Wurf verkauft. In Wahrheit ist sie vor allen Dingen eines, nämlich ein zahnloser Tiger. Warum? – Weil diese Allianz auf Freiwilligkeit setzt, wo Verbindlichkeit nötig wäre: keine klaren Pflichten für die Plattform, keine Sanktionen bei Verstößen, keine rechtlich abgesicherte Zusammenarbeit mit unabhängigen Faktenprüfern. Wer mitmachen will, darf mitmachen, wer nicht, eben nicht. So sieht kein wirksames Instrument gegen gezielte Desinformation aus.

Und: Besonders absurd wird es, wenn Plattformen Teil dieser Allianz sind, die anderswo, etwa in den USA, ihre Faktenprüfung gerade massiv zurückfahren oder ganz einstellen. Das ist kein glaubwürdiger Einsatz gegen Desinformation.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist digitales Greenwashing, ein hübsches Etikett, hinter dem sich Untätigkeit verbirgt. Deshalb ist die Bayern-Allianz gut gemeint, aber in ihrer jetzigen Form schützt sie weder die demokratische Debattenkultur, noch stärkt sie die Faktenbasis im digitalen Raum. Das ist ganz offensichtlich. Wir sehen das 24 Stunden, rund um die Uhr. Sie simuliert eine Handlungsfähigkeit, ohne echte Wirkung zu entfalten. Wir sagen:

Wer Desinformation bekämpfen will, darf sich nicht mit symbolischer Politik begnügen. Aufklärung allein reicht nicht, wenn gleichzeitig Algorithmen Lügen belohnen und Fakten benachteiligen. Resilienz entsteht nicht durch Appelle, sondern durch klare Spielregeln.

Wer unsere demokratischen Spielregeln schützen will, darf den digitalen Raum nicht sich selbst überlassen. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Antrag. Setzen wir gemeinsam ein klares Signal für Wahrheit statt Täuschung, für Verantwortung statt Wegschauen und für eine freie, aber faktenbasierte digitale Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Alex Dorow für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Alex Dorow (CSU): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Wir sprechen heute über besagten Antrag der SPD. Lieber Kollege Rinderspacher, ich sage vorab: Ich halte die Zielsetzung des Antrags ausdrücklich für richtig, und ich halte auch die zugrunde liegende Analyse für richtig.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ah!)

– Ja, und das aus gutem Grund. Ich halte den Antrag selbst in dieser Form entweder für überflüssig oder für nicht konsistent. Ich will begründen, warum: Die Entwicklung der Social-Media-Plattformen in den letzten Jahren ist – da sind wir uns einig – bedenklich. Diese gezielte Desinformation, von der wir gerade gesprochen haben, ist aber definitiv nichts Neues mehr. Die Herausforderungen in diesem Bereich werden größer, und zwar in einer Art und Weise, dass ihnen mit einem Antrag dieser Art nicht beizukommen ist. Ich will begründen, warum: Wir teilen die Zielsetzung, Desinformation wirksam zu bekämpfen und demokratische Prozesse zu schützen. Die Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, halten wir aber entweder nicht für sinnvoll

oder aber für nicht erforderlich. Schon heute stehen umfangreiche, differenzierte und wirksame Instrumente zur Verfügung.

Erstens möchte ich das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz nennen. Das wird im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags bereits jetzt auch gegen hybride Bedrohungen tätig. Hierzu gehören ausdrücklich auch Desinformationen, sofern sie beispielsweise von einem fremden Staat verbreitet werden, um dadurch illegitim Einfluss auf einen anderen Staat oder auch einen Staatenverbund auszuüben.

Zweitens. Ja, es gibt die Bayern-Allianz gegen Desinformation. In der Beurteilung dieser Bayern-Allianz sind wir uns aber offenbar nicht einig. Sie ist mitnichten ein zahloser Tiger. Sie hat eine ganz andere Aufgabe. Das ist eine umfassende Initiative, die darauf abzielt, Bürger und Bürgerinnen aufzuklären, zu schützen, eine Medienkompetenz zu erzeugen und sie damit so zu wappnen, dass Desinformation erkannt und als eine solche behandelt wird. Die Bayern-Allianz gegen Desinformation wurde – ja, Sie haben es ganz richtig gesagt, Kollege Rinderspacher – gemeinsam durch das Innenministerium und das Digitalministerium ins Leben gerufen.

(Sanne Kurz (GRÜNE): Das bekämpft doch nur die Symptome!)

– Nein, nein, hören Sie weiter zu.– In dieser Initiative findet – und jetzt sind wir bei den Symptomen – eben keine inhaltliche Bewertung von Einzelsachverhalten oder von einzelnen Informationen durch die beteiligten Staatsministerien statt, sondern der Fokus der Bayern-Allianz liegt in der Sensibilisierung und in der Befähigung der Bevölkerung bezüglich der Einordnung medialer Inhalte im Netz.

Es gibt in der Bayern-Allianz allerdings auch Partner – und das ist der zweite Punkt –, die sogenanntes Fact-Checking eigenständig und gegebenenfalls auch im Rahmen ihrer Verpflichtungen durchführen. Die Bayern-Allianz gegen Desinformation beschränkt sich also mitnichten auf Symbolpolitik. Sie stellt eine umfassende Initiative zur Aufklärung, zur Ertüchtigung von Medienkompetenzen und zum Schutz und zur Resilienz der Bevölkerung vor Desinformation dar. Wer etwas anderes behauptet, als

dass dieser Prozess niemals abgeschlossen ist – das ist eine Daueraufgabe –, der hat nicht verstanden, wie Desinformation funktioniert.

Drittens. Die Staatsregierung setzt sich bezüglich des Digital Services Acts sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene für eine stringente Umsetzung und Weiterentwicklung ein. Auch das ist eine Daueraufgabe, die sich nicht erschöpft und die niemals zu Ende sein wird. Was den Bund betrifft: Die Staatsregierung unterstützt die Forderung aus dem gemeinsamen Koalitionsvertrag auf Bundesebene ausdrücklich. Und dieser besagt, ich darf kurz zitieren:

"Der Digital Services Act (DSA) muss stringent umgesetzt und weiterentwickelt werden, systemisches Versagen muss in einem abgestimmten Verfahren mit der EU-Kommission Konsequenzen haben."

Ein Anlass, sogenanntes Fact-Checking im DSA weitergehend zu verankern, besteht somit nicht, und Fact-Checking kann bereits auf der geltenden rechtlichen Grundlage als mögliche Risikominderungsmaßnahme im Sinne des Artikels 35 DSA eingeordnet werden.

Eine gesetzliche Verpflichtung – und das ist der problematische Punkt, den ich sehe – zur Zusammenarbeit mit bestimmten Faktenprüfungsorganisationen, die darüber hinausgeht, ist weder fachlich notwendig noch unbedingt unproblematisch. Sie würde Fragen der Neutralität, der Abgrenzung und der Meinungsfreiheit aufwerfen, und sie würde den europäischen Rechtsrahmen, den wir mittlerweile haben, unnötig einengen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: Eine funktionierende Faktenprüfung wird nicht allein durch gesetzliche Verpflichtungen gewährleistet, sondern benötigt ein ausgewogenes Zusammenspiel von Regulierung, Eigenverantwortung der Plattformen und gesellschaftlicher Medienkompetenz. Dieser Antrag greift bestehende Maßnahmen aus unserer Sicht

nicht ausreichend auf. Er unterschätzt deren Wirkung und geht an anderen Stellen über das Erforderliche hinaus. Daher lehnen wir ihn ab.

Es bleibt das Angebot unserer Seite zu einem gemeinsamen Antrag der demokratischen Parteien zu diesem Thema. Der vorliegende Antrag wird diesem Ansinnen in seiner Komplexität aber nicht gerecht. Von daher lehnen wir diesen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dorow, mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste Meldung erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Dorow, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie floskeln sich aus den Problemen heraus. Sie haben aus meiner Sicht die Dimension des Problems nicht annähernd verstanden. Es besteht inzwischen massive Einflussnahme über Social Media, über Fake Accounts usw. auf Wahlen in Europa. Ich erinnere an die rumänische Präsidentschaftswahl, die wiederholt werden musste. Wir wissen, dass Wahlen in anderen osteuropäischen Ländern über Social Media und durch die Einflussnahme von Akteuren anderer Staaten manipuliert worden sind.

Wir wissen durch Untersuchungen der EU, dass es zwei Plattformen gibt, die extremistische Parteien und die braune Flut von Fake News und Desinformation mit ihren Algorithmen höher priorisieren. Über genau diese Probleme haben Sie nicht geredet. Und es ist natürlich digitales Whitewashing, wenn man Konzerne, die selbst betroffen sind, hier mit hineinnimmt. Ich sage Ihnen, was mich freuen würde – und wir können gerne eine gemeinsame Initiative dazu starten –: Man könnte die wettbewerbsrechtliche Stellung, die Monopole der Big-Tech-Konzerne aus den USA über die Landesmediengesetze regulieren. Dazu gab es bisher keinerlei Initiative von Ihnen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Kommen Sie bitte zum Ende.

Florian von Brunn (SPD): Sich nur hierhinzustellen und zu sagen, der Antrag ist nicht gut genug, ohne selbst Alternativen zu bieten, ist ein bisschen dürftig.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege von Brunn, ich verstehe, dass Sie das ärgert; aber dieser Antrag ist, wie gesagt, in der Zielsetzung klar, in der Umsetzung völlig unterkomplex. Wenn Sie sagen, ich floskele mich heraus, dann fällt dieser Vorwurf in diesem Fall leider auf Sie selbst zurück. Das waren Floskeln, die Sie gerade losgelassen haben, aber nichts zum Inhalt. Tut mir leid.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die zweite Zwischenbemerkung hat nun Herr Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dorow, ich muss mich den Ausführungen des Kollegen von Brunn anschließen. Wir werden ganz massiv von gezielter, vor allem auch staatlicher Desinformation getroffen. Russland, China und viele andere Akteure fangen an, auf unsere staatlichen, auf unsere gesellschaftlichen Institutionen Angriffe zu fahren, indem sie das Vertrauen angreifen, indem sie versuchen, in der Bevölkerung Angst zu erzeugen und Misstrauen gegenüber unseren staatlichen Institutionen zu wecken. Wenn Sie jetzt sagen, dieser Antrag wäre unterkomplex, stellt sich die Frage, was denn die Lösung ist und was Sie auf Landesebene jenseits der Allianz gegen Desinformation vorschlagen wollen, um gezielten Angriffen wirklich entgegenzuwirken.

Ich verweise auf Baden-Württemberg, wo ein Landesaktionsplan existiert. Dort wird über den Verfassungsschutz ein Monitoring von Gefahren durchgeführt. Gefahren

werden erkannt und gezielte Gegenmaßnahmen gestartet. Was plant der Freistaat Bayern, um auch auf staatlicher Ebene staatlichen Angriffen entgegenzuwirken?

Alex Dorow (CSU): Kollege Adjei, ich bedauere, dass Sie mir offensichtlich nicht gut genug zugehört haben. Das war mein erster Punkt. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wird im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags bereits jetzt und ständig gegen diese hybriden Bedrohungen tätig.

Wenn ich einen Punkt korrigieren darf: Russland und andere Staaten fangen nicht erst an, sondern betreiben bereits seit Jahren Desinformation. Deswegen ist der Verfassungsschutz auch seit Jahren tätig.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Böhm. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Wenn man nach Gründen sucht, weshalb die SPD in Bayern und im Bund nur noch ein Schatten ihrer selbst ist, möge man sich den vorliegenden Antrag ansehen. Die älteste Partei Deutschlands stand einst dafür, sich für die Rechte der Menschen einzusetzen. Heute will sie Bürgern das Recht streitig machen, "sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten". Dieser Satz zitiert Artikel 5 des Grundgesetzes, und wegen des Totalitarismus früherer Zeit steht er aus gutem Grund in unserer Verfassung.

Heute kommt Meinungstotalitarismus von links, und die Bürger draußen haben unserer AfD den Auftrag gegeben, dagegen anzustehen. Was die SPD mit diesem Antrag erreichen will, ist offensichtlich: Unter dem Vorwand, Desinformation zu bekämpfen, soll das Geschäftsmodell sogenannter Faktenchecker gerettet werden. In Ihrer Antragsbegründung heulen Sie, dass ein Drittel der weltweiten Faktenchecker-Orgas

von einer Plattformfinanzierung abhängig sei. Viele Social-Media-Plattformen haben nämlich ihre Kooperation mit den sogenannten Faktenprüfern weitgehend eingestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Warum haben sie das getan? – Weil sie erkannt haben, dass ihre Nutzer keine betreute Meinungsbildung brauchen. Deshalb will die SPD nun eine Zusammenarbeit mit anerkannten Faktenprüfungs-Orgas verbindlich vorschreiben. Dieser Weg führt zu links-grüner Gehirnwäsche. – Das alles möglichst direkt im Digital Services Act, damit die ganze EU die Regulierungswut der bayerischen Sozen auch live erleben darf.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Diese EU-Verordnung, Kollege Rinderspacher, gehört nicht um eine Zensurkomponente erweitert. Nein, sie gehört einfach nur abgeschafft.

(Beifall bei der AfD)

Was macht Ihren Antrag so heimtückisch? – Sie definieren nicht, was Desinformation überhaupt sein soll, sondern beschreiben einfach nur Erscheinungsformen. Genau so schaffen Sie Spielräume dafür, alles, was Ihnen nicht in den Kram passt, als Desinformation zu denunzieren. Die Munition dafür sollen Ihnen die angeblich so unabhängigen und anerkannten Faktenprüfer liefern. Anerkannt? Von wem eigentlich anerkannt? Wie unabhängig kann eine Institution wie "Correctiv" sein, wenn sie Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln vereinnahmt? Wie seriös ist es, Berichte so perfide zu formulieren, dass selbst ZDF und NDR deren Wertungen als Tatsachenbehauptungen auffassen und dafür vor Gericht landen?

Doch wenn der SPD-Antrag von anerkannten Faktenprüfern spricht, sind wohl nicht nur so umstrittene Häuser wie "Correctiv" gemeint, sondern vermutlich auch der "ARD-Faktenfinder" oder ein weit linksaußen stehendes Portal wie der "Volksverpetzer". Das ist der Punkt. Viele der angeblich so unabhängigen Faktenprüfer sind vorein-

genommen. Sie sind dem links-grünen Milieu zuzurechnen und eher einem einseitigen Aktivismus verpflichtet als der Wahrheitssuche.

(Zuruf von der SPD)

Als Mark Zuckerberg vor etwa einem Jahr verkündete, bei Facebook und Instagram auf die Faktenprüfer zu verzichten, waren genau die eben genannten seine Argumente. Einige Beispiele, wie sich vor allem der "Faktenfinder" der durch unsere Zwangsgebühren finanzierten ARD massiv blamiert hat, können Sie in der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 28. Januar dieses Jahres nachlesen. Es ist haarsträubend, wie dort politische Meinungsmache betrieben und mit dem Etikett der Faktenprüfung beklebt wird. Uns wundert es nicht, dass Sie den Ihnen nahestehenden Organisationen eine gesetzlich abgesicherte Einnahmequelle verschaffen wollen. Das ist dasselbe Muster, nach dem Sie den links-grünen NGO-Komplex mit reichlich Steuergeldern füttern. Es ist Ihr Verlangen, unseren Freistaat und unser Deutschland mit Sozialismus zu überziehen. Dagegen treten wir an.

(Beifall bei der AfD)

Ihren Antrag lehnen wir hier im Plenum genauso ab, wie wir es im Ausschuss getan haben.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will wieder zur Sachlichkeit zurückkehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Desinformation bedroht unsere Demokratie ganz konkret. Manipulierte Inhalte, gezielte Kampagnen und Einflussnahme aus dem Ausland sollen Vertrauen zerstören und unsere Gesellschaft spalten. Das ist Realität, und dagegen müssen wir vorgehen. Gerade weil die Lage ernst ist, brauchen wir wirksame und verhältnismäßige Antworten. Der Dringlichkeitsantrag der SPD zeichnet jedoch ein Bild, als würde Bayern bislang zu wenig tun und als müssten erst neue Verpflichtungen auf EU-Ebene geschaffen werden. Dieses Bild stimmt so nicht. Die Staatsregierung handelt längst. Das Landesamt für Verfassungsschutz nimmt hybride Bedrohungen in den Blick, wenn fremde Staaten mit Desinformation Einfluss ausüben wollen. Das ist vom Kollegen Alex Dorow bereits angesprochen worden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist ihr Job!)

– Genau, du sagst es. – Damit schützen wir aktiv unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Wir setzen zudem auf Befähigung statt Bevormundung. Die Bayern-Allianz gegen Desinformation stärkt, auch wenn sie als zahnloser Tiger bezeichnet wurde, die Medienkompetenz unserer Bürgerinnen und Bürger. Menschen sollen selbst erkennen können, wann sie manipuliert werden. Der Staat bewertet dabei nicht einzelne Inhalte. Er stärkt die Urteilskraft. Genau das ist der nachhaltige Weg. Innerhalb der Allianz leisten viele Partner ganz praktische Arbeit. Einige betreiben eigenständiges Fact-Checking. Auch Plattformen sind eingebunden. Nach Gesprächen mit unserem Digitalminister Dr. Fabian Mehring hat zum Beispiel Meta zugesichert, Faktenprüfungen in Europa fortzuführen und KI-Inhalte weiterhin zu kennzeichnen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber das machen sie doch nicht! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: In Europa schon!)

Es ist Dialog erforderlich, den unser Digitalminister fortsetzt. Dialog ist wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schubert (GRÜNE))

Hinzu kommt die Verantwortung unserer Medien. Der Bayerische Rundfunk ordnet mit dem "Faktenfuchs" täglich Behauptungen ein und korrigiert Falschmeldungen. Wer Qualität will, muss solche Strukturen stärken. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die große Plattformen finanziell stärker heranziehen und damit professionellen Journalismus ermöglichen.

Zum Digital Services Act: Man muss nicht immer neue Regelungen fordern. Der DSA verpflichtet große Plattformen bereits heute, Risiken für den demokratischen Diskurs zu vermindern. Fact-Checking ist auf dieser Grundlage möglich. Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass dieser Rahmen konsequent angewendet und, wenn nötig, weiterentwickelt wird. Erst umsetzen, dann prüfen, dann nachschärfen – das ist der richtige Dreiklang. Wir wollen Transparenz, wir wollen Schutz vor Einflussnahme, und wir wollen Verantwortung der Plattformen. Wir brauchen aber keine Symbolpolitik, die so tut, als beginne der Kampf gegen Desinformation erst heute. Wir führen diesen Kampf schon, allen voran unser Digitalminister. Das ist auch wichtig. Dr. Fabian Mehring, vielen Dank für deine Arbeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Bayern handelt bereits, der europäische Rechtsrahmen bietet Möglichkeiten, und am Ende wirken Medienkompetenz und starker Journalismus nachhaltiger als zusätzliche Forderungen auf dem Papier.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie mitbekommen, dass Paris von Bettwanzen durchseucht ist? – Wenn Sie es nicht mitbekommen haben, dann seien Sie froh; denn Sie sind nicht Ziel einer Desinforma-

tionskampagne geworden, die im Zuge der Olympischen Spiele in Paris betrieben worden ist. Aber jeder von uns kann immer wieder einmal Opfer oder Ziel solcher Kampagnen werden. Jüngst ist der Generalsekretär der CSU auf eine Desinformationskampagne des Portals "Nius" hereingefallen, in dem Aussagen des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein zusammengeschnitten, aus dem Zusammenhang gerissen und über soziale Medien verbreitet wurden. Wir können viele weitere Fälle aufzählen: die "Sei grüner!"-Kampagne, gemäß der grüne Klimaaktivisten angeblich Auspuffrohre von Autos verstopft hätten, oder die Desinformationskampagne "Doppelgänger", bei der Fake-Medien in Form von Webseiten und Zeitungen erstellt und Falschinformationen verbreitet wurden.

Wir merken: Desinformation ist längst kein Randproblem mehr. Das Problem ist mitten in unserer Gesellschaft angekommen. Immer stärker werden diese Desinformationen staatlich und politisch gesteuert. Über Deepfakes und Trollfabriken werden Falschinformationen verbreitet. Damit wird versucht, das Vertrauen in unsere Demokratie, in unsere Medien und in unsere staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu untergraben. Ziel ist es, dadurch unsere Demokratie direkt anzugreifen. Wir müssen diesbezüglich endlich aktiv werden und die notwendigen Maßnahmen treffen.

Ich finde es gut und richtig, dass die Bayerische Staatsregierung dieses Thema aufgegriffen hat und mit der Bayern-Allianz gegen Desinformation angefangen hat, ein Netzwerk aufzubauen, um Desinformation gezielt zu bekämpfen. Es kann jedoch nicht ausreichend sein, ein Netzwerk aufzubauen und nur darauf zu hoffen, dass die Plattformen, Initiativen und Organe, die sich daran beteiligen, freiwillig agieren. Das ist von den Vorrednern bereits angesprochen worden. Wir müssen vielmehr insbesondere die Plattformen wie Facebook, Instagram und TikTok in die Verantwortung nehmen. Diese Plattformen machen Milliardenumsätze und -gewinne und stehen sich gleichzeitig aus der Verantwortung.

Der Digital Services Act, der eine gute Voraussetzung schafft, ist noch nicht ausreichend tief ausgearbeitet. Er baut auf Freiwilligkeit. Er sagt insbesondere, dass mit

Faktencheckern zusammengearbeitet werden soll. Wenn es jemand nicht macht, dann ist das auch okay.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist sicherlich nicht die ausreichende Konsequenz, die wir brauchen, um unsere Demokratie zu stärken und zu schützen. Deswegen ist der Antrag der SPD hier genau der richtige, auch wenn er meiner Meinung nach noch nicht weit genug geht, weil es eben nicht nur um die europäische Ebene geht, sondern eben auch um die Frage, was wir hier in Bayern machen können und wie wir hier in Bayern gegen Desinformationen vorgehen können.

Da gibt es Beispiele wie Baden-Württemberg – der CDU-Innenminister hat sicherlich keine grüne Ideologie –, das diese Themen über einen Landesaktionsplan angehen und das, was in Landeskompetenz liegt, maximal ausnutzen will. Der Landesaktionsplan in Baden-Württemberg setzt in der ersten Phase auf das Erkennen und das Monitoring von Desinformationskampagnen, auf das Einordnen, ob das Ganze nur ein kleiner Scherz unter Jugendlichen ist oder ob es eine gezielte Desinformationskampagne von staatlichen Akteuren ist, ob es unsere Demokratie angreift, ob es möglicherweise systemgefährdend sein kann. Dann sollen über Multiplikator:innen-Netzwerke und Fact-Check-Organisationen gemeinsam Gegenmaßnahmen entwickelt werden, um diese Desinformationskampagnen gezielt zu bekämpfen. Das funktioniert sehr gut, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist angesprochen worden, Herr Dorow: Natürlich macht auch der Verfassungsschutz hier in Bayern einzelne Maßnahmen. Der Unterschied zu Baden-Württemberg ist das Vernetzen verschiedener Institutionen im staatlichen Bereich, im zivilen Bereich –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Benjamin Adjei (GRÜNE): – mit einer ganz klaren, konsequenten Melde- und Handlungskette. Genau darauf müssen wir auch hier in Bayern setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Kollegen Alexander Dorow, CSU-Fraktion, das Wort.

Alex Dorow (CSU): Lieber Kollege Adjei, eigentlich habe ich nur eine Frage, ganz gezielt. Ich habe ganz aufmerksam zugehört. Wir haben hier, ich nenne es mal einen Dreisprung bereits heute vorliegen, den ich auch ausformuliert habe, erstens Bayerns Verfassungsschutz, zweitens die beiden verantwortlichen Ministerien und dann noch drittens den Digital Service Act auf Bundes- und Europaebene. Was konkret macht diesen Antrag der Kollegen der SPD, der nicht falsch ist, tatsächlich besser als diesen Dreisprung, der auf drei verschiedenen Ebenen wirkt? Was konkret ist besser? Ich kann nichts dergleichen sehen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Der Antrag der SPD bringt eine Verpflichtung, eine Verbindlichkeit auf die europäische Ebene. Im Moment ist im DSA ein rein freiwilliges Zusammenarbeiten mit Fact-Checking-Organisationen vorgesehen, aber eben kein verbindliches. Das kann ich mir so vorstellen wie Regeln beim Autofahren: Ein Tempolimit ist eine reine Empfehlung; wer schneller fährt, der darf gerne schneller fahren. – Damit kann ich am Ende Gefahren nicht konsequent bekämpfen. Genau deshalb geht es hier um die Konsequenz, also darum, nicht nur zu sagen, es wäre schön, wenn ihr etwas macht, sondern am Ende tatsächlich die Verbindlichkeit einzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist mir eine besondere Ehre, jetzt auf der Ehrentribüne den Landtagspräsidenten des Sächsischen Landtags, Herrn Alexander Dierks, ganz herzlich zu begrüßen. Herr Landtagspräsident Dierks befindet sich auf-

grund eines Gesprächs mit unserer Landtagspräsidentin im Hause. Sehr geehrter Herr Präsident, seien Sie uns ganz herzlich willkommen im Bayerischen Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Dr. Fabian Mehring. Bitte.

Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales): Meine Herrn Präsidenten auf der Ehrentribüne und hinter mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich melde mich zum Ende der Debatte zu Wort, um mich zunächst mal sehr herzlich zu bedanken in zweierlei Hinsicht, einmal bei der SPD-Landtagsfraktion für die Bereitschaft, die Behandlung des Hochziehers am Terminkalender des Ministers auszurichten. Ich weiß, dass das nicht selbstverständlich ist. Aber ich glaube, es ist bekannt, dass die Bayern-Allianz gegen Desinformation und diese Thematik ein gutes Stück weit ein politisches Herzensprojekt für mich geworden ist. Deshalb war es mir wichtig, dabei sein zu können.

Zum Zweiten – das liegt mir noch mehr am Herzen – will ich mich herzlich bedanken für die Runde heute Nachmittag. Ich habe mir erlaubt, die digitalpolitischen Sprecher der demokratischen Fraktionen des Hohen Hauses einzuladen,

(Lachen bei der AfD)

verbunden mit der Frage, ob wir nicht eine gemeinsame Initiative auf Basis dieses Antrags formieren können. Genau das ist am Ende des Tages bejaht worden.

Ich halte das ausdrücklich für die richtige Vorgehensweise, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Verständnis von Parlamentarismus besteht darin, dass wir uns in der Sache argumentativ gut und trefflich miteinander zu streiten haben, dass wir aber immer dann demokratischen Konsens brauchen, wenn es um die Grundfesten, um die Spielregeln von Demokratie geht, etwa darum, wie diese Spielregeln von Demokratie bei öffentlicher Meinungsbildung im digitalen Raum etabliert werden können. Deshalb

ist es richtig, dass wir da nicht sagen, das geht linksrum oder rechtsrum oder schwarz oder grün oder orange oder rot, sondern dass wir uns heute verständigen konnten, das gemeinsam zu machen. Dafür dem Hohen Haus und allen demokratischen Fraktionen – ich glaube, auch im Namen der Staatsregierung – herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Gestatten Sie mir, Kolleginnen und Kollegen, in der Sache drei Anmerkungen zu machen. Zum einen Stichwort Bayern-Allianz gegen Desinformation im digitalen Raum, "zahnloser Tiger" versus "Herzensprojekt des Digitalministers". Da finde ich es, Herr Vizepräsident, lieber Markus Rinderspacher, ehrlicherweise fast ein bisschen putzig, mit Augenzwinkern gesagt, wenn wir jetzt per Antrag aufgefordert werden, wir müssten mal die Europäische Union zu etwas auffordern oder die Bundesrepublik über eine Initiative des Landes zu etwas auffordern.

Da sage ich: Herzlich willkommen in der Realität. Die Realität ist, dass ich zur Vorstellung dieser Bayern-Allianz gegen Desinformation, die wir auf den Weg gebracht haben, hier bei uns in Bayern, inzwischen eingeladen gewesen bin in Paris, in Wien, in Brüssel, im Bundeskanzleramt und Co., und dass auf Ebene der Digitalministerkonferenz bundesweit gerade diskutiert wird, wann aus dieser Bayern-Allianz eine Deutschland-Allianz werden kann. Übrigens, Kollege Adjei, Baden-Württemberg fragt auch gerade bei uns an. Deshalb würde ich unser Licht da parlamentarisch mal nicht so sehr unter den Scheffel stellen wollen.

Wir haben es geschafft, da inzwischen eine zweistellige Anzahl an Weltkonzernen an Bord zu haben, Kolleginnen und Kollegen. Da mischt nicht irgendwer mit, sondern da sind Microsoft, Siemens, Adobe, die großen Player, IBM und Co., dabei. Zuletzt neu beigetreten: die Telekom, Airbus, die Aushängeschilder dieser Republik. Mit Verlaub, die machen keine zahnlosen Tiger, sondern das ist schon das große Besteck, mit dem wir da unterwegs sind.

Wir haben die ganze Staatsregierung an Bord und neuerdings auch die Kommunen. Kollege Sandro Kirchner und ich haben erst eine Pressekonferenz gemacht. Alle kommunalen Spitzenverbände sind beigetreten, alle Kommunen dieses Landes, alle Landkreise, die Bezirke, alle Städte im Freistaat Bayern. Da ist es dann schon spannend, dazu zu sagen: zahnloser Tiger.

Wir haben die Medien dabei, die öffentlich-rechtlichen. Wir haben den Bayerischen Zeitungsverlegerverband dabei, also alle Printmedien im Freistaat. Wir haben die privaten Radiosender dabei. Wir haben es geschafft, wissenschaftlich begleitet zu sein von der Bundeswehruniversität, von der Akademie der Wissenschaften in Tutzing, von der FAU in Erlangen, von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Und ja: Wir haben es hinbekommen, dass wir inzwischen die größte Bürgerbewegung Bayerns sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Denn Teil dieser Bayern-Allianz sind – mit Verlaub – auch zivilgesellschaftliche Institutionen von der Bergwacht über die Katholische Kirche bis zu den Gewerkschaften in diesem Land, vom Landesfeuerwehrverband über den Landessportverband bis tief hinein in die Jugendverbände und zum Bayerischen Jugendring. Acht von zehn Bayerinnen und Bayern, 10 Millionen von 12 Millionen Menschen in diesem Land sind Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung. Das ist – mit Verlaub – das größte, wichtigste, gewichtigste und einflussreichste Bündnis, das es im Moment in Deutschland und in Europa auf diesem Feld gibt, und kein zahnloser Tiger.

(Zuruf von der AfD)

Das ist auch richtig, denn das Weltwirtschaftsforum sagt: Das größte Risiko für Demokratie in unserer Zeit ist eben Desinformation. Deshalb arbeiten wir mit Nachdruck dafür, dass Bayern nicht nur im Analogen das sicherste Bundesland der Welt ist, sondern dass das auch im Digitalen gilt. Das tun wir anerkanntermaßen inzwischen

in ganz Europa. Das lassen wir uns von niemandem zerreden, auch nicht hier im Parlament, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Punkt. Tun wir auch konkret etwas im Bereich Faktencheck? – Auch da lautet die Antwort klar: Ja. Ich habe nicht ausreichend Hybris, um zu sagen, Meta macht in Europa nur deshalb die Faktenchecks weiter anders, als zunächst angekündigt, weil wir das wollten oder weil es die Bayern-Allianz gibt. Aber die Tatsache, dass der Europachef von Meta die Pressekonferenz, um das zu verkünden, also um zu sagen, ich mache es anders, als Zuckerberg es zunächst angekündigt hat, mit niemand anderem gemacht hat als mit dem bayerischen Digitalminister, in dessen Ministerium, und zwar vor einer Wand, wo diese Bayern-Allianz drüberstand: Das ist eine Ansage.

Aber weil ich wusste, lieber Markus Rinderspacher, dass dir das nicht konkret genug ist, habe ich die Liste mit den konkreten Maßnahmen dabei, die zeigen, weshalb es eben nicht sinnvoller wäre, ein bisschen in Brüssel zu reden, was wir regulieren können, sondern weshalb es verdammt noch mal sinnvoll ist, diese Unternehmen als Teil der Allianz an Bord zu haben.

Thema Fact-Checking, einer von ganz vielen Teilbereichen der Bayern-Allianz: Wir machen mit Adobe Content Credentials zum technischen Herkunftsnachweis von Informationen. Wir entwickeln mit Airbus ein technisches Abwehrsystem zur Erkennung koordinierter Desinformationskampagnen. Wir machen mit Fujitsu eine Machine Learning Plattform, die Desinformation erkennt und aus den Plattformen tilgt. Wir machen mit Google automatisierte Systeme zur Erkennung manipulativer Inhalte, eine Prebunking-Kampagne, mit der wir im Vorfeld der Bundestagswahlen sechs Millionen Personen in Bayern erreicht haben. Wir entwickeln mit IBM eine Deepfake- und Desinformationserkennungsplattform, mit der wir Deepfakes auf den Plattformen detektieren und von den Plattformen ziehen können. Wir machen mit Meta automatisierte Systeme, menschliche Prüfung, Reichweitenkontrolle und Kennzeichnungspflicht. Wir arbeiten

mit Microsoft bei der Ende-zu-Ende-Authentifizierung von Medieninhalten zusammen. Selbst TikTok stellt uns eine algorithmusoptimierte Eindämmung nachgewiesener Fake News aus dieser Bayern-Allianz weltweit in den Plattformen zur Verfügung. Auch haben wir Partner wie den BR-Faktenfuchs usw., was schon genannt wurde.

Deshalb, lieber Herr Kollege Rinderspacher, mit Verlaub an dieser Stelle: Wir könnten auch ein paar Anträge beim Bundesrat stellen und fragen, ob vielleicht einmal irgendjemand in Brüssel irgendwann über den DSA diskutieren mag. In Bayern machen wir es anders: In Bayern reden wir nicht, in Bayern machen wir, in Bayern labern wir nicht, in Bayern liefern wir. Deshalb halte ich das für die richtige Vorgehensweise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritte und letzte Anmerkung, an die Adresse der AfD, weil ich das immer wieder höre, heute in der üblichen Absurdität, aber auch in der öffentlichen Debatte und in vielen Medienmitteilungen: Offensichtlich fühlt man sich hier als getroffener Hund, wie man in einem bayerischen Sprichwort sagt, der laut bellt, sehr in die Pflicht genommen, wenn jemand etwas gegen politische Geschäftemacher, Spaltung und gegen die tun möchte, denen es gut geht, wenn es dem Land schlecht geht, usw. Deshalb gibt es immer all diese Gegenthesen. Ich will hier vor dem Hohen Haus ein für alle Mal zu Protokoll geben: An dieser Stelle geht es nicht um Fragen der Zensur, weder von links noch von rechts. Es geht auch nicht um eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Es geht nicht einmal darum, Sie zu korrigieren, wenn Sie versehentlich Fake News verbreiten. Es geht alleine um gezielte, konzertierte Kampagnen mit dem Ziel – um diese Intention geht es –, Fake News zu verbreiten, um daraus politisches Kapital zu schlagen, Manipulationen vor Wahlen zu betreiben usw. Das ist die entscheidende Stelle.

Hier sage ich Ihnen ganz deutlich: Es gibt ein doppeltes Erfolgsrezept im Freistaat Bayern. Dieses Land ist so erfolgreich, weil es das Land der Freiheit ist, Liberalitas Bavariae & Co. Diese Freiheit gilt auch im Bereich der Meinungsfreiheit und im Netz.

Dieses Land ist aber auch so erfolgreich, weil wir einer der erfolgreichsten Rechtsstaaten dieser Erde sind und bei uns Recht und Gesetz gilt. Was am Stammtisch gilt, muss auch im Netz gelten. Deshalb Meinungsfreiheit ja, aber Rechtsstaat in gleicher Weise. Wer versucht, den Rechtsstaat ad absurdum und die Demokratie am Nasenring durch die Arena zu führen, wird auch im Netz den Rechtsstaat Bayern spüren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie der Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE) und Harry Scheuenstuhl (SPD))

Das gilt ehrlicherweise auch, wenn wir über eine Klarnamenpflicht sprechen. Hier erzählen Sie ja denselben Unsinn. Es geht nicht um die Frage der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Auch wenn es um die Klarnamenpflicht als Forderung der Bayern-Allianz geht, möchte niemand in irgendeiner Art und Weise irgendjemandem verbieten, irgendetwas zu sagen. Jeder darf sagen, was er will. Wir sehen nur ein Problem darin, dass man nicht mehr bereit ist, im digitalen Raum zu dem zu stehen, was man dort gesagt hat, und den Anspruch erhebt, dass zur Meinungsfreiheit auch noch Anonymität mitgeliefert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist ehrlicherweise der Holzweg, auf dem Sie sich an der Stelle befinden.

Deshalb sei Ihnen heute vor dem Hohen Haus noch einmal sehr deutlich gesagt: Bayern ist das Land der Liberalitas Bavariae und das Land der Freiheit. Bei uns gilt Meinungsfreiheit für jede und jeden, im Analogen genauso wie im Digitalen. Niemand will irgendjemanden zensieren,

(Lachen bei der AfD)

aber wir erwarten von jemandem, der seine Meinung frei äußert, dass er mit seiner Identität einsteht und zu dieser Meinung als solche steht. Kurz gesagt: freie Meinungs-

äußerung ja, anonyme Hetze durch Extremisten nein im Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Ich freue mich deshalb sehr auf die gemeinsame Initiative. Ich bedanke mich noch einmal, lieber Herr Kollege Rinderspacher, lieber Herr Kollege von Brunn, dass dies heute Nachmittag fraktionsübergreifend so miteinander vereinbart werden konnte. Lassen Sie uns als Demokratinnen und Demokraten gemeinsam dafür sorgen, dass wir unserer Demokratie ein bisschen Update fürs digitale Zeitalter verpassen und die Demokratie und die öffentliche Meinungsbildung resilient machen, damit sie auch im KI-Zeitalter funktioniert. Das wird nötig sein, wenn sich immer mehr Information und Kommunikation dorthin verlagert. Es ist eine gemeinsame Aufgabe der gesamten Zivilgesellschaft dieses Landes – daher sind acht von zehn Bayern dabei –, aber, wie ich finde, auch eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien in diesem Land. Deshalb ist es schön, dass wir hier am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Benjamin Adjei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, lieber Fabian, ich will die Bayern-Allianz einerseits keineswegs kleiner reden, als sie ist, aber andererseits auch nicht größer reden. Nachdem du jetzt gefühlt zwei Minuten lang aufgezählt hast, wer in dieser Allianz ist, stelle ich fest, das ist natürlich gut. Es ist wichtig, eine breite Zivilgesellschaft zu haben, die teilnimmt und sich Gedanken macht. Am Ende ist jedoch die Frage, was konkret dabei herauskommt. Wir reden hier über Milliardenkonzerne. Du hast gerade eine Handvoll Maßnahmen kleiner Pilotprojektchen angesprochen, die

von den Konzernen umgesetzt werden, aber substantiell kommt von diesen großen Firmen leider nichts. Die Frage ist, wann die Plattformen endlich handeln und sich Gedanken dazu machen, wie sie selbst das Verbreiten von Desinformation bekämpfen wollen. Wer heute in den sozialen Medien unterwegs ist, merkt, dass Meta, Alphabet und wie sie alle heißen nichts dagegen tun, jedenfalls nicht konsequent, und insbesondere Fake News nicht löschen. Deswegen brauchen wir auf europäischer Ebene die Verpflichtung, konsequent gegen Desinformation vorzugehen.

Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales): Ich muss, Herr Kollege Adjei, verbunden mit dem Dank für die Frage, vielleicht noch einmal in die Genese der Allianz eintauchen. Als ich diese initiiert habe, habe ich dafür den sogenannten Munich Tech Accord zum Anlass genommen. Was war der Munich Tech Accord, der sich jetzt bald jährt? – Eine Erklärung, die die großen Tech-Konzerne am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz unterschrieben haben, ein Pamphlet mit Unterschriften. Die Idee war, am nächsten Tag sagen zu können: Wir haben unterschrieben und sind jetzt die Guten. – Ich war so frech, drei Monate nach der Unterzeichnung bei den Tech-Giganten nachzufragen und zu sagen: Ihr habt unterschrieben und seid jetzt die Guten, was tut ihr jetzt? – Die Bereitschaft, auch gegen das eigene Geschäftsmodell zugunsten der Spielregeln von Demokratie im digitalen Raum mindestens in Europa aktiv zu werden, war überraschend hoch.

Wir haben deshalb von Beginn an festgestellt und dafür gesorgt, dass die Bayern-Allianz an keiner Stelle ein Greenwashing-Bündnis ist. Jedes einzelne Mitglied, auch kommunale Spitzenverbände und die Tech-Konzerne übrigens erst recht, muss einen konkreten Nachweis im Drei-Monats-Rhythmus liefern, was sie tun, um Teil dieser Allianz zu bleiben, sonst fliegen sie raus. Das heißt, das ist kein zahloser Tiger, sondern hier geschieht etwas. Ein zahloser Tiger hingegen ist, Herr Kollege Rinderspacher, wenn wir es über Regulierung versuchen; denn dann teilen sie uns mit, es gibt einen DSA, der allgemeinverbindliche Wirkung hat und Landesrecht bricht. Übrigens gibt es eine E-Commerce-Verordnung, in der steht, dass für Plattformbetreiber

in ganz Europa das im Stammsitzland geltende Recht gilt. Dann sagen uns Meta und ByteDance, die in Irland sitzen: Für uns gilt irisches Recht, schön, dass ihr im Bayerischen Landtag miteinander debattiert habt. – Das können wir auch tun. Das sind aber philosophische Debatten. Wenn wir wirklich etwas bewegen wollen, müssen wir es so machen wie in Bayern, gemeinsam mit den Partnern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat Herr Abgeordneter Oskar Atzinger, AfD-Fraktion, das Wort.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Staatsminister Dr. Mehring, ist es für Sie allen Ernstes demokratisch, wenn Sie sich weigern, mit den Vertretern von 20 % der bayerischen Bevölkerung zu reden? Glauben Sie, dass die FREIEN WÄHLER groß genug für Ihren Vorsitzenden Hubert Aiwanger und Sie sind? Meinen Sie – auf Deutsch gesagt – nicht, dass Sie bei den GRÜNEN besser aufgehoben wären?

(Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Nein, der bleibt bei uns!)

Staatsminister Dr. Fabian Mehring (Digitales): Besser als bei Ihnen wäre ich sicher bei den GRÜNEN aufgehoben. Ich war fünf Jahre parlamentarischer Geschäftsführer in diesem Hohen Haus und bin derjenige, der in den Geschäftsordnungen des Hauses dafür gesorgt hat, dass Demokratie gilt und dass wir Sie beispielsweise in Ausschüssen etc. so teilhaben lassen, wie ich das demokratisch für angezeigt halte. Den Vorwurf, mit Ihnen nicht zu reden, können Sie mir nicht machen. Aber ich sage Ihnen auch, wenn Sie fragen, ob es demokratisch ist: Demokratisch ist für mich, mit Demokraten für eine gute Zukunft dieses Landes zu sorgen. Antidemokratisch ist es, mit Antidemokraten zu paktieren, für zweifelhafte Ziele, die patriotisch daherkommen, aber am Ende dafür sorgen, dass das Leben für die Menschen in unserem Land nicht besser, sondern schlechter wird. Deshalb weiß ich sehr genau, wo ich stehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es einzelne Stimmenthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.